

Herr Mroß, Vorsitzender des
Jugendhilfeausschusses

Titel der Drucksache:

Antrag des Vorsitzenden des
Jugendhilfeausschusses zur Drucksache
2787/25 - Erstellung einer Stadtratsvorlage
zur mittelfristigen Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege
für den Zeitraum 2026 bis 2030

Drucksache	0158/26
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	2787/25
Jugendhilfeaussch uss	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Jugendhilfeausschuss	15.01.2026	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert (Änderungen fett, Streichungen durchgestrichen):

Dem Stadtrat wird folgender Beschlusspunkt zur Entscheidung vorgelegt:

01

Die in der Anlage 1 befindliche mittelfristige Bedarfsplanung Kindertageseinrichtungen/Kindertagespflege für den Zeitraum 2026 bis 2030 wird beschlossen.

02 (neu)

Der Stadtrat stellt fest, dass die mittelfristige Bedarfsplanung nicht alleinstehend betrachtet werden kann. Zur Sicherung und Weiterentwicklung einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung benötigt es Maßnahmen zur Sicherung der Qualität, Flexibilisierung der Einrichtungen, zur besseren Förderung der Kinder und ihrer Bedarfe sowie zur Sicherung des Personals und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

03 (neu)

Ziel der Stadt Erfurt ist es, eine bedarfsgerechte Infrastruktur der frühkindlichen Bildung in den Stadtteilen und Planungsräumen inklusive der vorhandenen Trägervielfalt langfristig zu erhalten und die vorhandenen Personalstellen für die pädagogischen Fachkräfte sicher zu stellen.

04 (neu)

Der Jugendhilfeausschuss wird beauftragt, ein Maßnahmenkonzept auf Grundlage der mittelfristigen Bedarfsplanung zu entwickeln sowie dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Konzept soll folgende Punkte beinhalten:

- die Betrachtung der qualitativen Bedarfsplanung sowie Personalsituationen zur Sicherstellung dieser und die Einbeziehung der Erkenntnisse aus dem Bericht Kindergesundheit in Erfurt, um den Kindern die notwendige Förderung zukommen zu lassen, die sie benötigen
- Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, insbesondere der Platzkapazitäten und Schaffung einer möglichen Flexibilisierung bei sich ändernden Bedarfslagen
- Personalentwicklungsstrategien für pädagogische Fachkräfte
- die Entwicklung von Ideen und möglichen Konzepten zur alternativen Nutzung von derzeit nicht vollständig benötigten Teilen der Gebäude und Grundstücke der Kindertageseinrichtungen
- eine Bewertung bestehender Kapazitäten, inkl. Sanierungs-, Investitions- und Modernisierungsbedarfsplanung
- eine quartiers- und stadtteilbezogene Betrachtung der Bedarfslage

05 (neu)

Während der Entwicklung des Konzeptes werden die aktuell vorgehaltenen Personalstellen (Stichtag angelehnt an Tag der Beschlussfassung der Drucksache) der Träger auf begründeten Antrag gesichert. Hierzu entwickelt die Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss Kriterien, um während der Laufzeit eines Moratoriums bis zum 31.12.2027 weiteren (nicht Alters- oder aus persönlichen Gründen durchgeführten) Personalabbau zu verhindern und bei den Trägern zur Stärkung der Qualität frühkindlicher Bildung abzusichern und diese zu finanzieren. Nach einem Jahr werden die Maßnahmen evaluiert.

06 (neu)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Thüringer Landesregierung – insbesondere dem für Kindertagesbetreuung zuständigen Fachministerium – auf die Entwicklung einer landesweiten Lösung zur finanziellen Absicherung der Kindertagesbetreuung in Phasen rückläufiger Kinderzahlen hinzuwirken und sich für eine angemessene Beteiligung des Landes an den durch das kommunale Kita-Personal-Moratorium entstehenden Mehraufwendungen einzusetzen. Über die Ergebnisse der Gespräche ist dem Jugendhilfeausschuss bis spätestens 31.12.2026 erstmals zu berichten.

Anlagenverzeichnis

15.01.2025, gez. Mroß

Datum, Unterschrift Vorsitzender des JHA